



Ratsreport

19. Dezember 2017

Inhalt

Ebertplatz: Menschen statt Mauern	3
Ein schwarzer Tag für den Wirtschaftsstandort Köln	4
Autofreie Altstadt jetzt!	5
Endlich: Wohnungsbauförderprogramm bis 2021 verlängert	6
Schulbaunotstand und kein Ende in Sicht	7
Kurz notiert	8
» Flughafen CGN: Privatisierungsgespenst spukt weiter	8
» Mehr parallele Klassen an Kölner Schulen	8
» KölnPass länger gültig	8
» Fauler Kompromiss bei den Bühnenwerkstätten	9
» Heinrich Böll im Stadtbild sichtbar machen	9
» Ehe für alle kostet mehr Geld (...und das ist auch gut so!)	9



Martin Börschel: „Wir müssen den Ebertplatz beleben, ihn den Kölnerinnen und Kölnern zurückgeben.“

Ebertplatz: Menschen statt Mauern

SPD schlägt Paket für Zukunft des Ebertplatzes vor. Keine klare Linie bei der Stadtverwaltung

Die SPD im Kölner Stadtrat kritisiert die Konzeptlosigkeit der Stadtverwaltung auf dem Ebertplatz scharf. Obwohl in der Stadt breite Einigkeit besteht, dass am Ebertplatz dringend etwas passieren muss, agiert die Stadtverwaltung zaghaft und ideenlos. SPD-Fraktionschef Martin Börschel: „Das Zumauern des Platzes ist kein Konzept. Wir müssen den Ebertplatz beleben, ihn den Kölnerinnen und Kölnern zurückgeben. Und dafür brauchen wir kreative Ideen!“

Daher hatte die SPD-Fraktion für diese Ratsitzung und in der Bezirksvertretung Innenstadt einen umfassenden Antrag gestellt, um den Ebertplatz zu beleben und schnell aufzuwerten. Unter anderem soll der Brunnen wieder sprudeln und der Platz mitsamt Lampen und Rolltreppen, die Instand gesetzt werden müssen, regelmäßig gereinigt werden. Teil des Antrags sind daneben soziale sowie ordnungs- und polizeirechtliche Maßnahmen. Nur ein Gesamtkonzept, das all diese Punkte berücksichtigt, kann auf dem

Ebertplatz zu einer besseren Zukunft führen.

Beachtlich ist die große Bereitschaft seitens der Menschen aus den umliegenden Veedeln und auch der Kulturschaffenden, einen Teil zu dieser Zukunft beizutragen. Das hat zuletzt der von der SPD-Fraktion initiierte Bürgerdialog Ebertplatz in der voll besetzten Aula des Abendgymnasiums eindrucksvoll gezeigt. Dr. Regina Börschel, SPD-Fraktionsvorsitzende in der BV Innenstadt: „Dieses Potential müssen wir doch nutzen, anstatt es wie die Stadt mit Füßen zu treten. So viele Vorschläge liegen auf dem Tisch, was die Menschen aus den Veedeln sich für ihren Ebertplatz wünschen. Die Stadt muss jetzt endlich aktiv werden und dieses Potential als Chance begreifen.“

Am Ende konnte die Oberbürgermeisterin mit ihrer Beschlussvorlage auch ihre Unterstützer von CDU, Grünen und FDP nicht überzeugen. Stattdessen wurde eine Light-Variante der SPD-Vorschläge beschlossen. Leider nur ein kleiner Schritt für den Ebertplatz. Für eine umfassende Lösung fehlte wohl noch immer der Mut. Sehr schade für die Menschen, die sich den Ebertplatz

zurückerobern wollen.

Bemerkenswert war, dass die Oberbürgermeisterin letztlich auch gegen die Schließung der westlichen Passage gestimmt hat und sich damit gegen die Linie ihres eigenen Stadtdirektors gestellt hat. Das ist zwar

inhaltlich die richtige Entscheidung, Haltung sieht aber anders aus. Die eigenen Mitarbeiter erst ins Feuer zu schicken, um sie dann im Regen stehen zu lassen, wirft ein Schlaglicht auf die vielbeschworene neue Fehlerkultur in der Stadtverwaltung.

Ein schwarzer Tag für den Wirtschaftsstandort Köln

Wirtschaftsförderung wird zu GmbH - Keinerlei Vorteile erkennbar

Wer ein totes Pferd reitet, sollte absteigen. Wieder und wieder hat deshalb die SPD-Fraktion die Oberbürgermeisterin aufgefordert, von der Idee einer privatisierten Wirtschaftsförderungs-GmbH abzurücken. Doch einer breiten Gegnerschaft aus Gewerkschaften, Einzelhandel, Handwerkskammer und Kreishandwerkerschaft zum Trotz hat sie ihren Vorschlag durchgedrückt: Die gut aufgestellte städtische Wirtschaftsförderung wird in eine privatrechtliche GmbH überführt. Das Jamaika-Bündnis stimmte dem Beschluss im Hauruck-Verfahren weitgehend zu. Dennoch hat die Oberbürgermeisterin ihr Bündnis nicht in allen Punkten hinter sich: Die Forderung, auch die Privatwirtschaft an der GmbH zu beteiligen, wurde vorerst abgelehnt.

Die heutige Entscheidung für eine GmbH ist eine Grundsatzentscheidung mit fatalen Folgen für den Wirtschaftsstandort Köln. Die hochmotivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in den vergangenen Jahren viele Erfolgsmeldungen zu verkünden hatten, können als Beamte nicht in die neue GmbH zu wechseln. Stattdessen werden sie sich neue Jobs in der Stadtverwaltung suchen. Damit gehen insgesamt gut 750 Jahre an Berufserfahrung und wertvolle Kontakten unwiederbringlich verloren.

Auch die Verankerung und die Kontakte innerhalb der Stadtverwaltung werden durch die Neuorganisation leichtfertig aufs Spiel gesetzt. Dabei ist der zentrale Bestandteil bei der Wirtschaftsförderung die Bereitstellung von Grundstücken, die eine sehr enge Anbindung an die Stadt erfordert. Die Wirtschaftsförderung muss gerade in Fragen der Stadtentwicklung, der Infrastruktur sowie der städtischen Liegenschaftspolitik eine gewichtige Stimme haben. Inwiefern das einer GmbH außerhalb der Verwaltung leichter sein soll als einer städtischen Dienststelle, bleibt schleierhaft. Zudem legte die Verwaltung keinerlei Kosten offen, die mit der Gründung der GmbH verbunden sind. Und das, obwohl der Gutachter genau dies explizit frühzeitig gefordert hat.

Christian Joisten, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, zieht als Fazit: „Hier wird ohne Not und ohne tragende Argumente eine leistungsfähige Verwaltungseinheit zerschlagen. Die bisherige erfolgreiche Arbeit der Kölner Wirtschaftsförderung spielte offensichtlich bei den Überlegungen keine Rolle.“ Das erklärt vielleicht auch, warum eine Entscheidung von dieser Tragweite ohne Vorberatung in den zuständigen Ausschüssen durchgedrückt wurde. Die Gegenargumente in einer ernsthaften Debatte wären wohl zu erdrückend gewesen.

Autofreie Altstadt jetzt!

Schwarz/Grün drückt sich vor Debatte über eine Attraktivierung der Kölner Altstadt

Die historische Altstadt ist die Visitenkarte Kölns. Die SPD im Kölner Stadtrat will sie deshalb so gestalten, dass sie einer modernen Metropole mit hoher Aufenthaltsqualität gerecht wird. Dafür will sie dem Fußgänger- und Radverkehr im historischen Zentrum die Vorfahrt geben und den zentralen Altstadtbereich autofrei gestalten.

Gerne hätte die SPD-Fraktion das Thema im Kölner Rat diskutiert. Der Jamaika-Mehrheit aus CDU, Grünen und FDP fehlte hierzu allerdings der Mut. Stattdessen verwies sie das Thema in den Verkehrsausschuss. Es steht zu befürchten, dass er dort möglichst geräuschlos „beerdigt“ werden soll. Kurios, da gerade die Grünen dem Vorschlag eigentlich offen gegenüber stehen müssten – handelt es sich bei der autofreien Altstadt doch auch um eine „alte wie aktuelle Forderung der Grünen“, wie deren Fraktionschefin noch im November gegenüber dem Express erklärte.

„Wir nehmen die Grünen gerne beim Wort. Wer eine autofreie Altstadt will, kann sich mit dem von der Verwaltung vorgelegten Konzept unmöglich zufrieden geben. Wir setzen darauf, dass unser Antrag im Verkehrsausschuss Unterstützung findet. Wir bleiben dran!“, so Andreas Pöttgen, verkehrspo-



Andreas Pöttgen: „Die autogerechte Stadt der sechziger Jahre ist ein Relikt der Vergangenheit.“

litischer Sprecher der SPD-Fraktion.

Pöttgen weiter: „Wir wollen eine autofreie Altstadt, in der Menschen sich gerne aufhalten, in der sie flanieren und verweilen. Da passt es nicht, dass man in nahezu jede Altstadtgasse mit dem Auto fahren kann. Die Altstadt soll an erster Stelle Fußgängerinnen und Fußgängern vorbehalten sein. Die autogerechte Stadt der sechziger Jahre ist ein Relikt der Vergangenheit.“

Konkret schlägt die SPD-Fraktion vor, die historische Altstadt zwischen Deutzer Brücke/Cäcilienstraße, Nord-Süd-Fahrt, Komödienstraße/Trankgasse und Rheinufer bis auf wenige Ausnahmen komplett vom Autoverkehr zu befreien. Pöttgen: „Natürlich müssen die Parkhäuser in der Innenstadt weiterhin mit dem Auto erreichbar sein. Es ist aber nicht nachvollziehbar, dass jedes Parkhaus aus jeder Himmelrichtung auf dem kürzesten Wege zu erreichen sein muss.“

Auch die frühere Dombaumeisterin Prof. Dr. Barbara Schock-Werner unterstützt den Vorstoß der SPD-Fraktion und kritisiert die aktuelle Situation: „Die autofreie Altstadt ist die richtige Idee! In keiner größeren Stadt Europas kann man noch zweispurig durch die Innenstadt fahren. Das ist absolut nicht erlebjetzige WDR Karree. Umso mehr setzt sich die SPD-Fraktion dafür ein, der Altstadt auch verkehrlich ein neues Gesicht zu geben, das den Ansprüchen an eine moderne Metropole gerecht wird. Ein Blick nach Barcelona oder auch Florenz zeigt: autofreie Altstadt – das geht, es gefällt und verbessert die Aufenthaltsqualität erheblich!

Der SPD-Antrag und eine Übersicht zu den gewünschten Fußgängerzonen finden sich hier: <https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?kvonr=71949&vo-select=16714>

Endlich: Wohnungsbauförderprogramm bis 2021 verlängert

Vorschlag der Oberbürgermeisterin bleibt jedoch hinter Notwendigem zurück

Die SPD im Kölner Stadtrat fordert weiterhin ein städtisches Wohnungsbauförderprogramm in Höhe von 500 Millionen Euro über die nächsten fünf Jahre. Damit könnten insgesamt 10.000 neue öffentlich geförderte Wohnungen geschaffen werden. Die Stadtverwaltung hat dem Rat zwar endlich die Verlängerung des Ende 2016 ausgelaufenen Wohnungsbauförderprogramms bis zum Jahr 2021 vorgeschlagen. Aber auch zukünftig sollen pro Jahr nur 33 Millionen Euro für Wohnungsbauförderdarlehen zur Verfügung stehen. Angesichts der sinkenden Zahlen neuer fertiggestellter Wohnungen in Köln ist der Vorschlag der Stadtverwaltung viel zu kurz gesprungen. Doch die Ratsmehrheit um CDU und Grüne war nicht bereit, den Startschuss für eine neue aktive Wohnungsbaupolitik der Stadt zu geben und sich dem SPD-Vorschlag anzuschließen.

Dazu Michael Frenzel, stadtentwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion: „Die Schaffung neuer Wohnungen ist eine der zentralen Zukunftsherausforderungen der wachsenden Stadt. Wenn wir nicht dringend mehr Wohnungen bauen, wird Wohnen in Köln noch mehr zum Luxusgut als jetzt ohnehin schon. Deshalb reichen hier auch keine homöopathischen Maßnahmen mehr, wie die Verwaltung sie jetzt vorgeschlagen hat. Stattdessen muss jetzt endlich im großen Stil investiert werden.“

Die SPD-Fraktion fordert, jedes Jahr 6.000 neue Wohnungen zu schaffen, davon 2.000 öffentlich geförderte. Michael Paetzold, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion: „Wohnen ist ein Menschenrecht. Darum ist es besonders wichtig, dass auch solche Woh-

nungen gebaut werden, die sich auch Menschen mit geringeren Einkommen leisten können. Alles andere führt zur Verdrängung, davon haben wir jetzt schon genug.“

Bisher ist die jährliche Zahl der öffentlich geförderten Wohnungen teilweise deutlich unter der 1.000 geblieben. Auch die Gesamtzahl von 6.000 neuen Wohnungen wird bisher klar verfehlt. Die SPD-Fraktion hat daher neben der massiven Erhöhung des Fördervolumens zusätzliche Förderbausteine vorgeschlagen – immer unter der Voraussetzung, dass auch wirklich bezahlbare Wohnungen geschaffen werden. Und auch städtische Wohnungsbaugesellschaften müssen in die Lage versetzt werden, hier eine entscheidende Rolle zu spielen.

Hier findet sich die Vorlage der Verwaltung: <https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp? kvonr=71254&vo-select=16714>

Hier unser Änderungsantrag im Stadtentwicklungsausschuss und im Ausschuss Soziales und Senioren:

<https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp? kvonr=72570&vo-select=16976>



Michael Frenzel: „Die Schaffung neuer Wohnungen ist eine der zentralen Zukunftsherausforderungen der wachsenden Stadt.“

Schulbaunotstand und kein Ende in Sicht

Ist das Sofortpaket der Stadtverwaltung nur eine Luftnummer?

Derzeit reihen sich im Wochentakt die schlechten Nachrichten im Schulbau aneinander. Die geplante Gesamtschule am Wasseramselweg wird später fertig, der Schulneubau auf dem Heliosgelände verzögert sich, ebenso die Gesamtschule Nippes in der Ossietzkystraße und nun noch die Sanierung des Hansa Gymnasiums – überall müssen Schülerinnen und Schüler weiter warten.

Die SPD-Fraktion hatte bereits bei der Verabschiedung des ersten Sofortmaßnahmenpaket im April 2017 für den Schulbau endlich eine Gesamtstrategie und eine Priorisierung gefordert. Damals wurde für elf Schulstandorte die Vergabe von Baumaßnahmen an General- und Totalunternehmer beschlossen. „Ein Sofortmaßnahmenpaket war wichtig, aber wenn dem nicht weitere Paketen folgen, fallen zahlreiche Schulen mit ihren dringend erforderlichen Baumaßnahmen hinten runter. Das ist für unsere Schülerinnen und Schüler unzumutbar!“, so Franz Philippi, schulpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Dies hatten auch Stadtdirektor Keller und der damalige Baudezernent

Höing bestätigt.

Die daraufhin im Herbst 2017 vom Stadtdirektor vorgelegten Maßnahmen zur Neuaufstellung der Gebäudewirtschaft konnte die SPD-Fraktion nur in Teilen mittragen. Inge Halberstadt-Kausch, baupolitische Sprecherin der SPD-Fraktion: „Vor allem wird die Führungsebene aufgebläht und durch einen Interimsmanager eine Schnittstelle geschaffen, von der bislang niemand weiß, wie sie in die bestehenden Strukturen eingebunden werden soll. Dadurch wird aber doch keine Schule schneller gebaut!“

Haben sich unsere Befürchtungen also nun bewahrheitet? Denn seitdem häufen sich die Meldungen über erhebliche Zeitverschiebungen bei den Schulbauten. Halberstadt-Kausch: „Man fragt sich langsam, inwieweit man den zeitlichen Zusagen der Gebäudewirtschaft überhaupt noch glauben kann. Wie sollen die Schulen da noch mit umgehen? Und auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gebäudewirtschaft muss das mehr als frustrierend sein. Wir fordern weiterhin, dass die Stadtspitze endlich umfassend darstellt, wie es bei dem Thema Schulbau weitergeht.“



Inge Halberstadt-Kausch: „Man fragt sich langsam, inwieweit man den zeitlichen Zusagen der Gebäudewirtschaft überhaupt noch glauben kann.“ Bild: Superbass - Own work, CC BY-SA 4.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=44155902>

Kurz notiert

Flughafen CGN: Privatisierungsgespenst spukt weiter

Der Flughafen Köln/Bonn war in den vergangenen Wochen wiederholt in den bundesweiten Schlagzeilen. Der Bund und das Land Nordrhein-Westfalen – neben der Stadt Köln die beiden anderen großen Anteilseigner des Flughafens – wollen anscheinend ihre Anteile verkaufen. Gleichzeitig wurde der Aufsichtsratsvorsitzende, der frühere Bundesverkehrsminister Prof. Kurt Bodewig, durch den CDU-Politiker Friedrich Merz ersetzt. Dies löst ernsthafte Bedenken aus, vor allem deshalb, weil Merz nach seiner prominenten Karriere im Bundestag mittlerweile ein Top-Lobbyist der Firma Blackrock ist – eine der größten internationalen Investmentgesellschaften. Diese hält z. B. Anteile am Frankfurter Flughafen und der Lufthansa. Interessenkonflikte sind damit vorprogrammiert. Auch der jüngste SPD-Bundesparteitag in Berlin sprach sich deutlich gegen jegliche Privatisierungsbestrebungen beim Flughafen Köln/Bonn aus.

Die KölnSPD will eine Privatisierung im Sinne der Beschäftigten und der Anwohner des Flughafens unbedingt verhindern.

Mehr parallele Klassen an Kölner Schulen

Auch zur Weiterentwicklung der Kölner Schullandschaft traf der Rat heute wieder Entscheidungen: Die SPD-Fraktion dankt der Albert-Schweitzer-Grundschule in Weiß und der Brüder-Grimm-Schule in Sürth, dass sie die Zügigkeitserweiterungen trotz der Herausforderungen mittragen, um die ausreichende Anzahl wohnortnaher Grundschulplätze bis zur Fertigstellung der Ernst-Moritz-Arndt-Grundschule sicherzustellen.

Außerdem wird das Apostelgymnasium in beiden Sekundarstufen um jeweils einen Zug erweitert.

Um die Anzahl der Grundschulplätze im Kölner Westen weiter zu erhöhen, wird die geplante Grundschule in der Statthalterhofallee in Junkersdorf nun ab sofort 3-zügig statt wie bisher vorgesehen 2-zügig weitergeplant.

KölnPass länger gültig

Der KölnPass wird für Arbeitslose und Rentnerinnen und Rentner zukünftig automatisch länger ausgestellt. Das heißt konkret: Seniorinnen und Senioren mit geringer Rente bekommen den KölnPass mit einer Bezugsdauer von 50 (!) Jahren ausgestellt. Wer Hartz-IV bezieht, bekommt den KölnPass nun direkt für einen Zeitraum von zwei Jahren. Das erspart unnötige Behördengänge und hilft, das Leben für die betroffenen Menschen ein Stück einfacher zu machen. Die SPD hatte sich bereits im Sozialausschuss dafür eingesetzt, bürokratische Hürden für Seniorinnen und Senioren abzubauen und sich für einen möglichst langen Bezugszeitraum eingesetzt. Wir freuen uns, dass die Verwaltung diese Anregung aufgenommen hat und den KölnPass bürgerfreundlich gestalten will.

Kleiner Wermutstropfen: Leider konnte die Stadtverwaltung auf Anfrage nicht beantworten, ab wann die Verbesserung gelten soll.

https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=71978&vo-select=16714

Fauler Kompromiss bei den Bühnenwerkstätten: Schwarz-Grün für ÖPP-Modell

Die städtischen Bühnen brauchen dringend neue Werkstätten zur Herstellung der Bühnenbilder. Doch weil sich CDU und Grüne nicht auf einen gemeinsamen Standort einigen konnten, haben sie im Stadtrat als faulen Kompromiss die denkbar schlechteste Lösung beschlossen: Ein Privater soll neue Werkstätten bauen, die die Stadt dann von ihm mietet. Das wird sich der Vermieter natürlich ausgesprochen gut bezahlen lassen. Wir hatten gefordert, die Werkstätten auf einem städtischen Grundstück in Ossendorf zu bauen. Dieses war im umfangreichen Vergleich der letzten Monate als bestgeeigneter Standort identifiziert worden und wurde auch von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern favorisiert.

Unser Vorschlag: https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=72608&voselect=16714

Heinrich Böll im Stadtbild sichtbar machen

Heinrich Böll ist einer der berühmtesten Söhne unserer Stadt. Der Literaturnobelpreisträger und Ehrenbürger der Stadt Köln wäre in diesem Jahr 100 Jahre alt geworden. Dies hat der Rat zum Anlass genommen, Böll künftig auch im Kölner Stadtbild präserter zu machen. Ein von der SPD und anderen

gestellter Antrag fordert die Stadtverwaltung auf, einen Vorschlag zu machen, wie wichtige Orte aus Bölls Leben und Wirken prominent in Szene gesetzt werden können. Er fand eine breite Mehrheit.

https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=72504&voselect=16714

Ehe für alle kostet mehr Geld (...und das ist auch gut so!)

Wenn die Stadt in irgendeinem Bereich mehr Geld ausgeben muss, als ursprünglich im Haushalt veranschlagt war, dann muss der Stadtrat diese Ausgabe genehmigen. Meist sind das negative Nachrichten: Ein Zeichen dafür, dass vorher nicht richtig kalkuliert oder sich nicht an die Vorgaben gehalten wurde. In dieser Ratssitzung musste das Standesamt jedoch Mehrausgaben anmelden, die wir sehr gerne mitgetragen haben: Die Einführung der Ehe für Alle hat dazu geführt, dass endlich auch gleichgeschlechtliche Paare heiraten dürfen. Und das ist offensichtlich ein voller Erfolg: Das Standesamt hatte alle Hände voll zu tun und entsprechend höhere Ausgaben. Wir wünschen allen frischvermählten Paaren – egal ob gleich- oder verschiedengeschlechtlich – alles Gute auf dem weiteren gemeinsamen Lebensweg!